

Niederschrift
über die 13. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 08.03.2018 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Hurnik, Ivo
Mucha, Constanze
Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold
Rubin, Dirk
Schittges, Winfried
Solf, Michael-Ezzo
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef

für Isenmann, Walburga

Ausschussvorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Recki, Gerda
Nottebohm, Doris
Schmerbach, Cornelia
Schulz, Margret
Servos, Gertrud

für Meiß, Ruth

für Schmidt-Zadel, Regina

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kresse, Martin
Schmitt-Promny M.A., Karin
Zsack-Möllmann, Martina

für Herlitzius, Bettina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Dr. Bell, Hans-Günter
Jacob, Tobias

FREIE WÄHLER

Hagenbruch, Detlef

für Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Daun, Dorothee	Beiratsvorsitzende
Solf, Michael-Ezzo	
Servos, Gertrud	
Schmitt-Promny M.A., Karin	
Boos, Regina	
Dr. Bell, Hans-Günter	
Hagenbruch, Detlef	für Rehse, Henning

Landesbehindertenrat NRW

Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Romberg-Hoffmann, Ellen
Schubert, Wiebke

LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW

Michel, Claus

Weitere

Lindheimer, Martin

Verwaltung:

Lubek, Ulrike	LVR-Direktorin
von Berg, Gabriele	LVR-Dezernat Soziales (7)
Kitzig, Friedhelm	LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen (8)
Woltmann, Bernd	Leitung Anlaufstelle BRK (00.300)
Henkel, Melanie	Anlaufstelle BRK (00.300), Protokoll
Butz, Evelyn	Fachbereich Kommunikation (03)
Mäcke, Verena	GGM
Loh, Henrike	GGM
Schätzer, Norbert	GPR
Roggendorf, Karl	GSBV
Berger, Philipp	LVR Dezernat 1.14
Opiela, Paula	LVR Dezernat 1.14
Reuter, Niklas	LVR Dezernat 1.14
Reckenfelderbäumer, Fritz	LVR Dezernat 1.14

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschriften
- 2.1. Niederschrift über die 12. gemeinsame Sitzung vom 20.09.2017
- 2.2. Niederschrift über die Beiratssitzung vom 08.12.2017
3. Follow up-Staatenprüfung: Psychiatrie und rechtliche Betreuung
- 3.1. Der neue Landespsychiatrieplan Nordrhein-Westfalen, seine Bedeutung für den LVR sowie Bezugspunkte zur Staatenprüfung UN-Behindertenrechtskonvention (Follow Up-Vorlage Psychiatrie) **14/2174/1 K**
- 3.2. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Das Thema rechtliche Betreuung in den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses aus Perspektive des LVR **14/2102/1 K**
4. "Diversity" im LVR
- 4.1. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Der Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit in den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses aus Perspektive des LVR **14/2502 K**
- 4.2. Bericht der Verwaltung im Rahmen der Partnerinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." für den Zeitraum 5/2016 - 05/2017 **14/2504 K**
5. Integrierte Beratung für Menschen mit Behinderung im Rheinland - Bestandsaufnahme und Maßnahmen **14/2242/1 K**
6. Weitere Kenntnisnahmen
- 6.1. Bundesteilhabegesetz
- 6.1.1. Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Ausführungsgesetzes zum BTHG in NRW (AG BTHG NRW) vom 07.12.2017 - Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages von NRW am 07.03.2018 **14/2483 K**
- 6.1.2. Umsetzung des Gesamtplanverfahrens gemäß BTHG im Rheinland **14/2304 K**
- 6.1.3. Erklärung zum Bewilligungsbescheid für das Betreute Wohnen in Leichter Sprache **14/2346 K**
- 6.2. Tagungsdokumentationen

- | | | |
|--------|--|---|
| 6.2.1. | Tagungsdokumentation zum Thema Wohnformen für gehörlose und taubblinde Menschen | 14/2410 K |
| 6.2.2. | Tagungsdokumentation Fachtagung "Peer Counseling - Blick zurück nach vorn" vom 17.05.2017 | 14/2452 K |
| 6.3. | Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn: Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Basis einer umfassenden inklusiven Zielsetzung;
hier: inklusive Erschließung des Gebäudes mit einem zentralen Doppelaufzug | 14/2155/1 K |
| 6.4. | Bericht zur Förderung aus der LVR-Inklusionspauschale im Schuljahr 2017/2018 | 14/2420 K |
| 7. | Anfragen und Anträge | |
| 7.1. | Umbesetzung in Gremien | Antrag
14/198 SPD B |
| 7.2. | Moratorium der Landesbauordnung durch die neue Landesregierung | Anfrage
14/22 GRÜNE K |
| 7.2.1. | Schriftliche Beantwortung der Anfrage 14/22 | |
| 7.3. | Resolution zur Landesbauordnung NRW | Antrag
14/191 Die Linke. E |
| 7.4. | Fragen zum Artikel in Zeit-online vom 26.11.17 zum Eilverfahren zur Durchsetzung des BTHG | Anfrage
14/23 FREIE
WÄHLER K |
| 7.4.1. | Schriftliche Beantwortung der Anfrage 14/23 | |
| 8. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 9. | Beschlusskontrolle | |
| 10. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende der Sitzung:	11:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** richtet Grüße von Frau Middendorf aus und teilt mit, dass sie bedauert, krankheitsbedingt nicht teilnehmen zu können.

Frau **Servos** erklärt für die SPD-Fraktion, dass noch Beratungsbedarf zu Antrag Nr. 14/191 bestehe. Daraufhin wird dieser ohne Beratung in den LA geschoben.

Herr **Michel** wird als neues Mitglied des Beirates für Inklusion und Menschenrechte verpflichtet (Vertreter der LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW).

Punkt 2

Niederschriften

Punkt 2.1

Niederschrift über die 12. gemeinsame Sitzung vom 20.09.2017

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 2.2

Niederschrift über die Beiratssitzung vom 08.12.2017

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Follow up-Staatenprüfung: Psychiatrie und rechtliche Betreuung

Punkt 3.1

Der neue Landespsychiatrieplan Nordrhein-Westfalen, seine Bedeutung für den LVR sowie Bezugspunkte zur Staatenprüfung UN-Behindertenrechtskonvention (Follow Up-Vorlage Psychiatrie) Vorlage 14/2174/1

Frau **Lubek** erläutert eingangs, dass die Vorlage bereits in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Inklusion und seines Beirates für Inklusion und Menschenrechte am 20.09.2017 beraten wurde und auf Grund des bestehenden Diskussionsbedarfs erneut auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Herr **Lindheimer** stellt klar, dass der UN-Fachausschuss im Rahmen der Abschließenden Bemerkungen zur Staatenprüfung Deutschlands zu verschiedenen Fragen seine Besorgnis zum Ausdruck brachte. Hinsichtlich der Verwendung körperlicher und chemischer freiheitseinschränkender Maßnahmen, der Isolierung und anderer schädlicher Praktiken

äußerte der UN-Fachausschuss seine tiefe Besorgnis (vgl. Ziffer 33).

Herr **Lindheimer** schlägt vor, dass sich der LVR noch intensiver mit Beispielen beschäftigten sollte, in denen Psychiatrie ohne Zwang funktioniere. Konkret regt er an, zwei Referenten einzuladen: Dr. Martin Zinkler (Chefarzt der Psychiatrie am Klinikum Heidenheim) sowie Dr. David Schneider-Addae-Mensah (Rechtsanwalt aus Karlsruhe). Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass dies zu Protokoll genommen und seitens der Verwaltung geprüft werde.

Frau **Lubek** und Herr **Kitzig** versichern, dass der LVR die tiefe Besorgnis über Zwang in der Psychiatrie teile. Der LVR sei daher sehr bemüht, die Situation im LVR stetig positiv zu verändern. Die Reduzierung von Zwang sei eine hochpriorisierte Zielsetzung im Klinikverbund. Veränderungen würden ein kontinuierliches Arbeiten an Haltung voraussetzen.

Frau **Schubert** macht auf Probleme bei der richterlichen Anhörung von nach dem PsychKG untergebrachten Patientinnen und Patienten aufmerksam. Richterinnen und Richter sollten sich zeitnah ein Bild von der Patientin oder dem Patienten machen, möglichst noch bevor diese/r bereits zwangsmediziert wurde. Durch die kurzfristige Anberaumung der Termine hätten nach dem PsychKG untergebrachten Patientinnen und Patienten zudem Probleme, Angehörige oder einen Rechtsbeistand zu informieren. Es wäre wünschenswert, hier im Benehmen mit dem Justizministerium eine einheitliche Verfahrensweise zu etablieren. Auch die **Beiratsvorsitzende** verweist auf das schwierige Spannungsfeld zwischen Psychiatrie und Justiz. Hier sollte versucht werden, beide Welten näher zusammenzubringen.

Frau **Schubert** regt überdies an, die Zusammenarbeit in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden zu verstärken und insbesondere die zugehende ambulante Krisenhilfe auszubauen. Sie sei ein wichtiges Instrument, um Zwangseinweisungen zu vermeiden. Herr **Kresse** unterstützt dies. Herr **Kitzig** berichtet in diesem Zusammenhang von einem Projektantrag der LVR-Klinik Köln, des LVR-Instituts für Versorgungsforschung und des Kölner Vereins für Rehabilitation. Aus Mitteln des Innovationsfonds beim Gemeinsamen Bundesausschuss solle ein Krisendienst für Köln aufgebaut werden. Die **Beiratsvorsitzende** verweist in diesem Kontext auch auf die Bedeutung kommunaler Arbeitskreise (wie etwa in Solingen), in denen alle Akteure vernetzt seien, die von dem Thema Zwang in der Psychiatrie berührt sind.

Im Zusammenhang mit Präventionsstrategien für Kinder psychisch kranker Eltern sollten laut Frau **Schubert** einheitliche Standards gesetzt werden. Zudem sei es wichtig, auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Erwachsenenpsychiatrie die Angehörigenarbeit verstärkt in den Blick zu nehmen. Dabei sei zu bedenken, dass sich die Betreuung durch Angehörige in Zukunft voraussichtlich deutlich reduzieren werde (demographischer Wandel, steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen etc.). Herr **Kitzig** verweist auf den LVR-Verbundsstandard für die Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern. Mindestens einmal im Jahr werde ein Workshop veranstaltet, um das Thema im Blick zu halten.

Die **Beiratsvorsitzende** betont, dass die Diskussion gezeigt habe, wie wichtig es sei, das Thema Zwang auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Menschen zu beraten, die betroffen sind.

Der neue Landespsychiatrieplan Nordrhein-Westfalen, seine Bedeutung für den LVR sowie Bezugspunkte zur Staatenprüfung UN-Behindertenrechtskonvention (Follow Up-Vorlage Psychiatrie) wird entsprechend der Vorlage Nr. 14/2174/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2

Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Das Thema rechtliche Betreuung in den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses aus Perspektive des LVR Vorlage 14/2102/1

Frau **Henkel** führt mit einem kurzen Vortrag in die Vorlage ein und betont den Selbstbestimmungsgrundsatz der BRK.

Sie verweist auf zwei aktuelle Studien des Bundesministeriums der Justiz zum Thema: "Qualität in der rechtlichen Betreuung":

http://www.bmjv.de/DE/Service/Fachpublikationen/Zwischenbericht_Qualitaet_Betreuung.html

"Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis":

http://www.iges.com/kunden/gesundheitsforschungsergebnisse/2018/rechtliche-betreuungen/index_ger.html;

http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachinformationen/Zusammenfassung_Forschungsvorhaben_Erforderlichkeitsgrundsatz.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Frau **Schmitt-Promny** betont, dass es wichtig sei, die Themen Selbstbestimmung und rechtliche Betreuung auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des BTHG aufzugreifen.

Die Empfehlungen des UN-Fachausschusses zur rechtlichen Betreuung werden gemäß Vorlage Nr. 14/2102/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

"Diversity" im LVR

Punkt 4.1

Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Der Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit in den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses aus Perspektive des LVR Vorlage 14/2502

Frau **Lubek** führt mit Verweis auf den Internationalen Frauentag in die Vorlage ein.

Frau **Henkel** geht mit einem kurzen Vortrag auf das Risiko der Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen ein und stellt den Entwurf des Datenblattes vor.

Der **Ausschussvorsitzende** betont, wie wichtig es sei, Daten zu sammeln, anhand derer Mehrfachdiskriminierung sichtbar werde.

Frau **Zsack-Möllmann** macht auf das Problem aufmerksam, dass viele Gewaltschutzeinrichtungen für Frauen noch nicht barrierefrei zugänglich für Frauen mit Behinderungen seien. Diese Zielgruppe würde konzeptionell und politisch noch zu wenig in Erscheinung treten. Hier müsse der Finger in die Wunde gelegt werden, um Aufmerksamkeit zu erreichen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Gewaltschutz macht Frau **Schubert** darauf aufmerksam, dass Frauen in Psychiatrien die Möglichkeit haben sollten, ihre Zimmer abzuschließen, um sich so vor dem Eindringen anderer schützen zu können. Überdies sollte darauf geachtet werden, dass Überwachungsvideos nicht von anderen Patientinnen

und Patienten eingesehen werden könnten. Zudem müsse es Möglichkeiten geben, dass sich Frauen ungestört umziehen können.

Sie wiederholt zudem ihre Kritik an der bestehenden gesetzlichen Regelung zur Zwangssterilisierung. § 1905 BGB gehöre abgeschafft. Es gebe andere Optionen der Empfängnisverhütung.

Frau **Servos** lobt die Vorlage. Sie sei für die Arbeit aller Fachausschüsse wichtig. Die Verwaltung sollte mittels des vorgeschlagenen Datenblatts regelmäßig über Ergebnisse berichten.

Die Empfehlungen des UN-Fachausschuss zum Thema Geschlechtergerechtigkeit sowie die Vorschläge zum weiteren Vorgehen im LVR werden gemäß Vorlage Nr. 14/2502 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Bericht der Verwaltung im Rahmen der Partnerinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." für den Zeitraum 5/2016 - 05/2017 Vorlage 14/2504

Frau **Lubek** hebt die Bedeutung der Themen Antidiskriminierung und Diversity als Querschnittsaufgaben des LVR hervor. Mit dem Beitritt zur Charta der Vielfalt habe sich der LVR ausdrücklich dazu verpflichtet, hier Fortschritte zu erzielen. Die Vorlage zeige exemplarisch für andere Aktivitäten, wie der LVR mit dem Thema interkulturelle Öffnung umgehe.

Der Bericht der Verwaltung im Rahmen der Partnerinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." für den Zeitraum 05/2016 - 05/2017 wird gemäß der Vorlage-Nr. 14/2504 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Integrierte Beratung für Menschen mit Behinderung im Rheinland - Bestandsaufnahme und Maßnahmen Vorlage 14/2242/1

Der **Ausschussvorsitzende** erläutert den Hintergrund der Vorlage. Sie gehe auf den politischen Auftrag zurück, einen systematischen Überblick über die Beratungsleistungen des LVR zu gewinnen. Gerade vor dem Hintergrund der neuen Beratungsverpflichtung nach dem BTHG sowie der neuen Zuständigkeiten (geplantes AG-BTHG) sei es wichtig, die Beratung im LVR zu stärken. Zielvorstellung müsse es sein, eine integrierte Beratung vor Ort aufzubauen, die nicht an den Dezernatsgrenzen ende.

Herr **Solf** mahnt an, bei allen Überlegungen zur Beratung stets auch die örtlichen Akteure und deren Expertise im Blick zu behalten. Gegenüber den Kreise und Städten müsse mit äußerster Sensibilität vorgegangen werden, um Vorbehalte zu vermeiden.

Auch Frau **Schmitt-Promny** regt an, Kompetenz vor Ort durch Vernetzung einzubinden. Der LVR habe dafür gute Voraussetzungen, weil er Menschen mit Behinderungen in vielen Lebenslagen und Lebensphasen begleite.

Frau **Lubek** bedankt sich für die Hinweise. Schon die Integration der LVR-eigenen Beratungskonzepte und Aufgaben sei eine große, dezernatsübergreifende Herausforderung, an der alle mitwirken müssten.

Gemäß Vorlage 14/2242 wird der Beschluss des Landschaftsausschusses vom 13.12.2017

wie folgt zur Kenntnis gebracht:

1. Die Bestandsaufnahme zu Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderungen, die der LVR selber ausführt oder fördert, wird gemäß Vorlage Nr. 14/2242 zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den beiden in der Vorlage Nr. 14/2242 vorgeschlagenen Wegen jeweils Umsetzungskonzepte zu entwickeln und diese der politischen Vertretung vorzulegen:
 - a) Sozialräumlich neugestaltete Präsenz zur Integrierten Beratung,
 - b) Internetportal zur Unterstützung Integrierter Beratung.

Punkt 6 **Weitere Kenntnisnahmen**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 6.1 **Bundesteilhabegesetz**

Punkt 6.1.1 **Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Ausführungsgesetzes zum BTHG in NRW (AG BTHG NRW) vom 07.12.2017 - Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages von NRW am 07.03.2018** **Vorlage 14/2483**

Der durch den Sozialausschuss und Landesjugendhilfeausschuss gefasste Beschluss: "Der Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Ausführungsgesetzes zum BTHG in NRW (AG BTHG NRW) vom 07.12.2017 wird, wie in der Vorlage 14/2483 dargestellt, zugestimmt." wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.1.2 **Umsetzung des Gesamtplanverfahrens gemäß BTHG im Rheinland** **Vorlage 14/2304**

Die Umsetzung des Gesamtplanverfahrens im Rheinland wird gemäß Vorlage 14/2304 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.1.3 **Erklärung zum Bewilligungsbescheid für das Betreute Wohnen in Leichter Sprache** **Vorlage 14/2346**

Die Vorlage 14/2346 über die Erklärung zum Bewilligungsbescheid für das Betreute Wohnen in Leichter Sprache wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.2
Tagungsdokumentationen

Punkt 6.2.1
Tagungsdokumentation zum Thema Wohnformen für gehörlose und taubblinde Menschen
Vorlage 14/2410

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zu der im November 2017 erschienenen Tagungsdokumentation "Wie möchten gehörlose und taubblinde Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen wohnen?" zur Kenntnis.

Punkt 6.2.2
Tagungsdokumentation Fachtagung "Peer Counseling - Blick zurück nach vorn" vom 17.05.2017
Vorlage 14/2452

Die Publikation der Tagung "Peer Counseling - Blick zurück nach vorn" vom 17.05.2017 wird gemäß Vorlage 14/2452 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.3
Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn: Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Basis einer umfassenden inklusiven Zielsetzung; hier: inklusive Erschließung des Gebäudes mit einem zentralen Doppelaufzug
Vorlage 14/2155/1

Der Grundsatzbeschluss zur inhaltlichen Weiterentwicklung des LVR-LandesMuseums Bonn wird gemäß Vorlage 14/2155/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.4
Bericht zur Förderung aus der LVR-Inklusionspauschale im Schuljahr 2017/2018
Vorlage 14/2420

Die Ausführungen zur Förderung aus der LVR-Inklusionspauschale im Schuljahr 2017/2018 werden gemäß Vorlage Nr. 14/2420 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7
Anfragen und Anträge

Punkt 7.1
Umbesetzung in Gremien
Antrag 14/198 SPD

Der Ausschuss für Inklusion fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

"Der Ausschuss für Inklusion stimmt der folgenden Umbesetzung zu:

Mitglied im Beirat für Inklusion und Menschenrechte:

alt: Gertrud Servos (Mitglied LVers)

neu: Gertrud Servos (skB)"

Punkt 7.2

Moratorium der Landesbauordnung durch die neue Landesregierung Anfrage 14/22 GRÜNE

Frau **Schmitt-Promny** und Herr **Dr. Bell** zeigen sich enttäuscht über die Antwort des LVR.

Punkt 7.2.1

Schriftliche Beantwortung der Anfrage 14/22

Siehe Erläuterungen zu Tagesordnungspunkt 7.2.

Punkt 7.3

Resolution zur Landesbauordnung NRW Antrag 14/191 Die Linke.

Frau **Servos** erklärt für die SPD-Fraktion, dass noch Beratungsbedarf zu Antrag Nr. 14/191 bestehe. Daraufhin wird dieser ohne Beratung in den LA geschoben.

Punkt 7.4

Fragen zum Artikel in Zeit-online vom 26.11.17 zum Eilverfahren zur Durchsetzung des BTHG Anfrage 14/23 FREIE WÄHLER

Herr **Hagenbruch** dankt für die Beantwortung durch die Verwaltung. Er erbittet ergänzend Informationen hinsichtlich der Einkommenssituation und der Altersvorsorge von schwerbehinderten bzw. gleichgestellten Beschäftigten des LVR - möglichst differenziert nach Geschlecht. Es sei von Interesse, dass der Arbeitgeber das Risiko von Altersarmut einschätze.

Punkt 7.4.1

Schriftliche Beantwortung der Anfrage 14/23

Siehe Erläuterungen zu Tagesordnungspunkt 7.4.

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Woltmann** berichtet, dass der **2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte** - wie auch schon schriftlich mitgeteilt - nach Abstimmung mit den Gremienvorsitzenden und den Geschäftsstellen der Fraktionen am 06.12.2018 ab 10.00 Uhr im Horion-Haus stattfinden werde. Bei Bedarf könnten Ausschuss und Beirat bereits um 9.00 Uhr im Landeshaus vorher zu einer (kürzeren) ordentlichen Sitzung zusammenkommen.

Zu dem Themenschwerpunkt "**Elternschaft von Menschen mit Behinderungen**", der am Vormittag des ersten Dialoges am 22.11.2017 intensiv beraten wurde, liege nunmehr

der Abschlussbericht zum Projekt der Universität Leipzig vor. Der Bericht ist im Internet hier abrufbar:

http://isap.uniklinikum-leipzig.de/red_tools/dl_document.php?id=274

Die **Gesamtdokumentation des ersten Dialoges** erfolge wie angekündigt im Herbst 2018 in der Broschüre „Gemeinsam in Vielfalt 2018“ mit dem neuen Jahresbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR. Der Entwurf des Berichtes werde am 26.04.2018 in „erster Lesung“ auf der Tagesordnung des Ausschusses mit seinem Beirat stehen.

Am 10.12.2018 jähre sich die völkerrechtlich bedeutende Verkündung der sog. „**UN-Menschenrechts-Charta**“ zum 70. Mal. Aus diesem Grunde werde der LVR die zum ersten Dialog aufgelegte kleine Broschüre „Gemeinsam in Vielfalt 1948“ mit dem vollständigen Text der Erklärung unter dem Titel „70 Jahre Gemeinsam in Vielfalt“ nachdrucken. Die Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte sei dankbar für **Hinweise auf weitere Aktivitäten** anlässlich dieses Jubiläums im Rheinland.

Herr **Woltmann** verweist zudem auf die Veranstaltungs- und Fortbildungsreihe der **Gold-Kraemer-Stiftung** mit dem aktuellen Jahresthema „Inklusion vor Ort“. Das vollständige Programm mit verschiedenen Fachtagungen stehe im Internet zur Verfügung:

<http://www.inklusion-konkret.info/>

Auf Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** teilt Herr **Woltmann** mit, dass die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte (Monitoring-Stelle NRW) am 25.04.2018 in Duisburg mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Selbstvertretungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden eine öffentliche Konsultation durchführen werde. Träger öffentlicher Belange erhielten keine Gelegenheit zur Stellungnahme. Dieses Format sei auf Bundesebene schon lange etabliert und liefere der Monitoring-Stelle wichtige Hinweise.

Punkt 9 **Beschlusskontrolle**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 10 **Verschiedenes**

Die **Ausschussvorsitzende** regt an, das Thema "70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" im Rahmen des 2. LVR-Dialoges Inklusion und Menschenrechte aufzugreifen.

Die **Ausschussvorsitzende** und Frau **Schmitt-Promny** machen in diesem Zusammenhang auf die Jahreskampagne des Paritätischen unter dem Motto "Mensch, du hast Recht!" aufmerksam. Teil der Kampagne sei auch eine Plakatreihe.

<https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/mensch-du-hast-recht/>

Frau **Romberg-Hoffmann** bittet die Verwaltung darum, dem Beirat regelmäßig über Aktivitäten des LVR zum Gewaltschutz von Frauen mit Behinderungen zu berichten.

Duisburg, den 03.04.2018

Solingen, den 10.04.2018

Köln, den 28.03.2018

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

D a u n

L u b e k

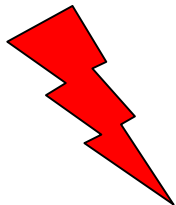
Vorlage Nr. 14/2102/1

FOLLOW UP-STAATENPRÜFUNG ZUR UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION:

DAS THEMA RECHTLICHE BETREUUNG IN DEN ABSCHLIEßENDEN BEMERKUNGEN DES UN- FACHAUSSCHUSSES AUS PERSPEKTIVE DES LVR

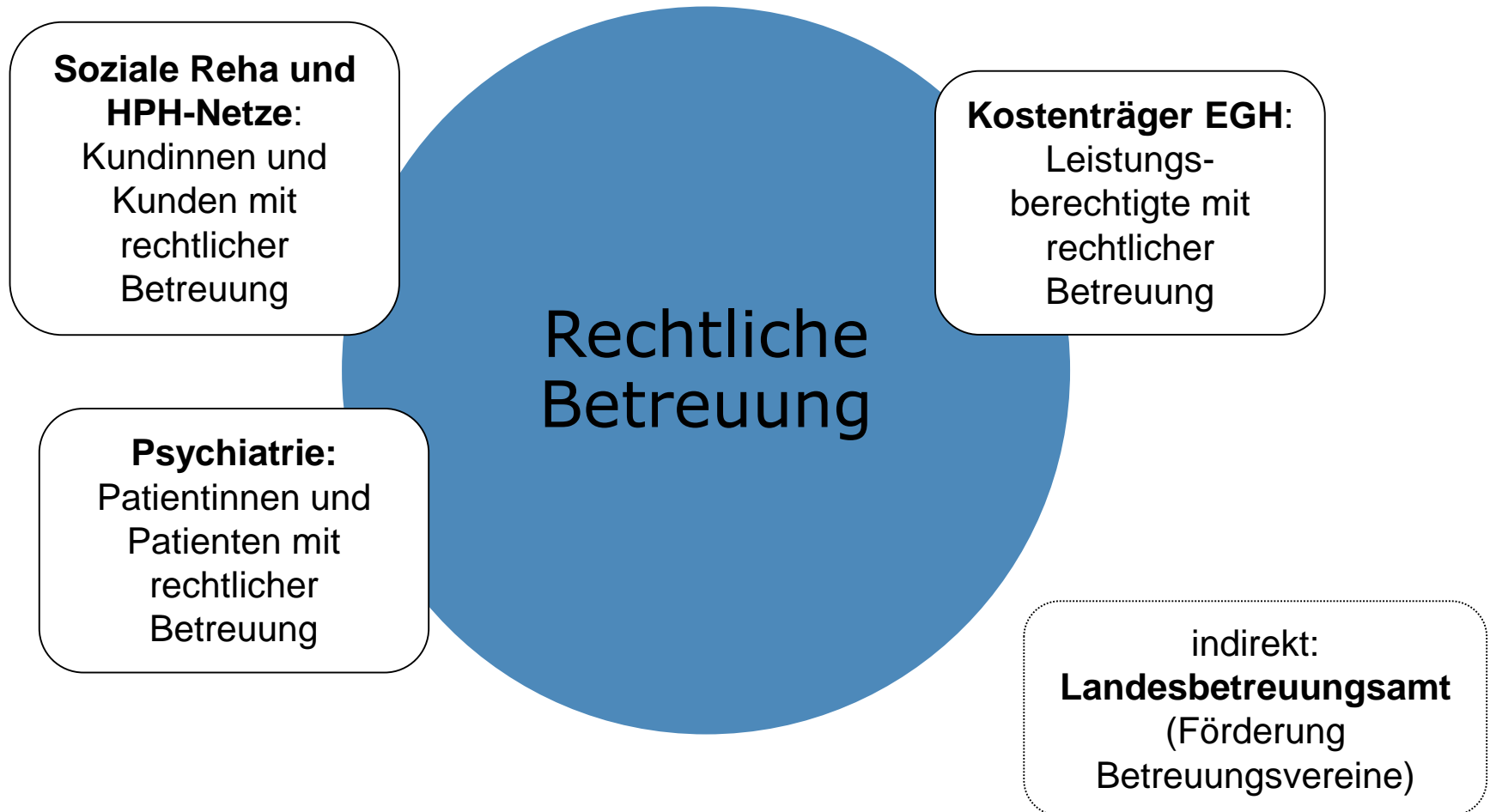
Der UN-Fachausschuss zeigt sich besorgt über das bestehende System der rechtlichen Betreuung

- System der unterstützten Entscheidung anstelle Formen der ersetzenden Entscheidung
- Entwicklung professionelle Qualitätsstandards für Mechanismen der unterstützten Entscheidung
- Angebot von Schulungen zu Artikel 12 BRK („Gleiche Anerkennung vor dem Recht“)

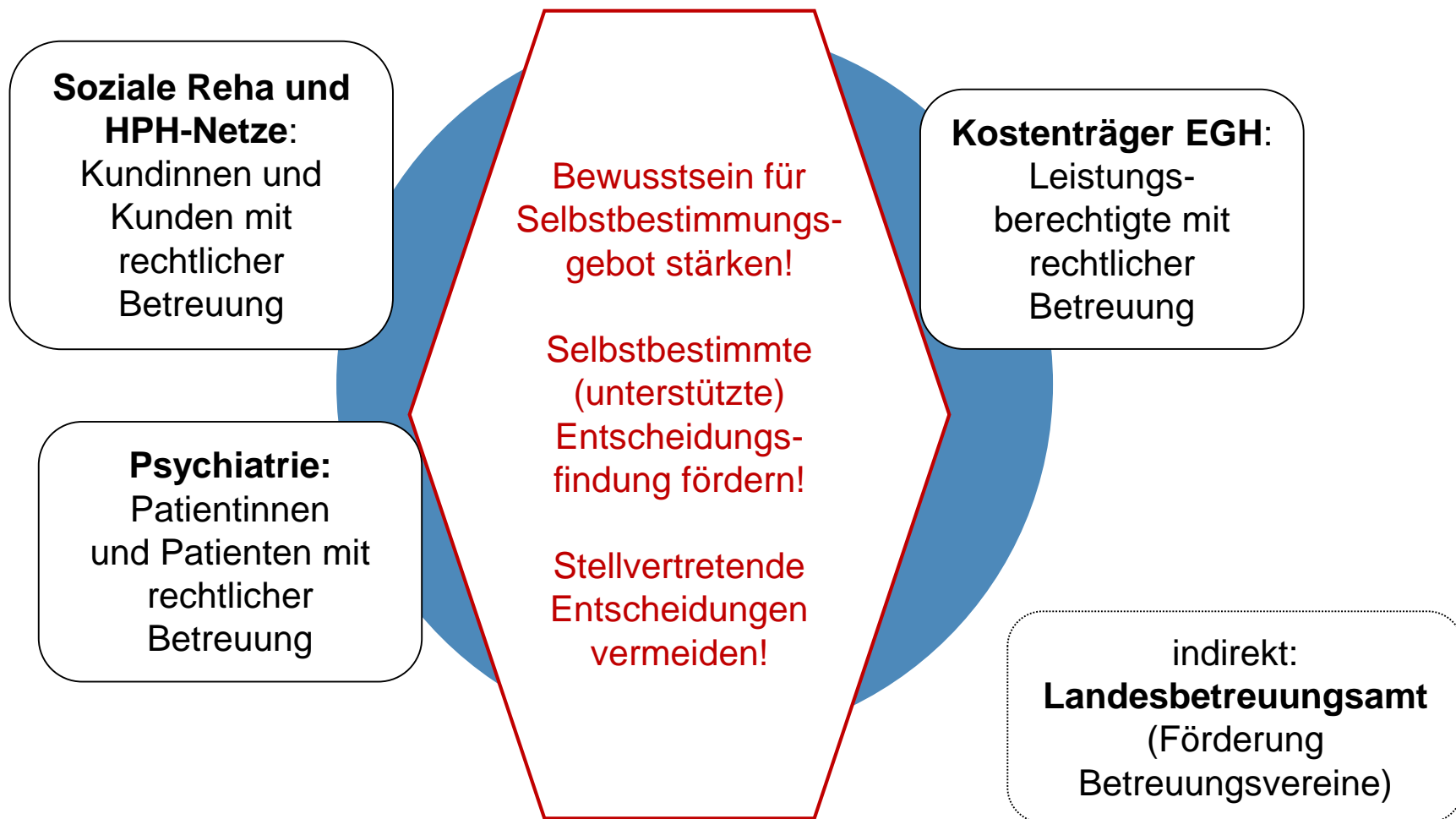


Rechtliche Betreuung und Selbstbestimmung!?

Der LVR ist in vielfältigen Rollen mit dem Thema rechtliche Betreuung berührt



Ansatzpunkte für den LVR

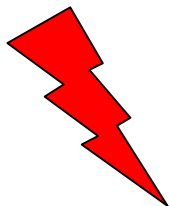
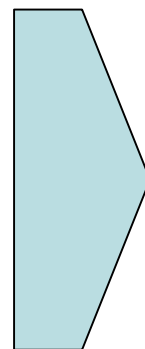


Vorlage Nr. 14/2502

FOLLOW UP-STAATENPRÜFUNG ZUR UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION:

DER GRUNDSATZ DER GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht ein besonderes Schutzbedürfnis von Frauen und Mädchen mit Behinderungen

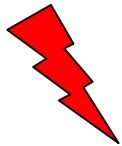


Weiblich + Behinderung =
Risiko der mehrfachen
Benachteiligung

Besonderer
Schutzauftrag BRK
(Artikel 6 u.a.)

Staatenprüfung Deutschland: Besorgnis über die Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen

- Grundsätzlich: **Ungenügende Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung** der Mehrfachdiskriminierung
- **Bereiche besonderer Gefährdung:**
 - Gewaltschutz
 - Unterstützung von Eltern mit Behinderungen
 - Zwangssterilisierung
 - Arbeit und Beschäftigung
- Es fehlen **systematische Daten und Statistiken** über die Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen



Geschlechtergerechtigkeit betrifft den LVR in allen Handlungsfeldern

Handlungsfelder des LVR

Verwaltung
und
Organisation

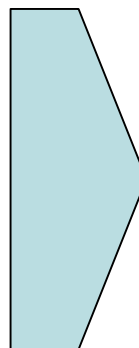
Kultur und
Freizeit

Arbeit und
Beschäftigung

Wohnen und
Sozialraum

Psychiatrie
und
Gesundheit

Bildung und
Erziehung



Die 12 Zielrichtungen im Überblick:

- Z1. Die Partizipation von Menschen mit Behinderung im LVR ausgestalten
- Z2. Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln
- Z3. Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern
- Z4. Den inklusiven Sozialraum mitgestalten
- Z5. Die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herstellen
- Z6. Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen
- Z7. Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln
- Z8. Die Leichte Sprache im LVR anwenden
- Z9. Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben
- Z10. Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen
- Z11. Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln
- Z12. Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen



Zielrichtung 11:
Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR
als inklusiven Mainstreaming-Ansatz
weiterentwickeln

Geschlechtergerechtigkeit – Spannende Fragen:

Handlungsfelder des LVR

Verwaltung
und
Organisation

Kultur und
Freizeit

Arbeit und
Beschäftigung

Wohnen und
Sozialraum

Psychiatrie
und
Gesundheit

Bildung und
Erziehung

Sind Angebote
geschlechts-
spezifisch
gestaltet?

Werden Frauen
und Männer
gleichermaßen
beteiligt?

Haben Frauen
und Männer
tatsächlich Zugang
zu Angeboten?

Werden Frauen
und Männer
angesprochen?

Gibt es
Schulungen?
Empowerment?

Daten!?